

80 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941



Russland und der Westen - Konfrontationseskalation ohne Ausweg? Was tun?

Referent: Andreas Zumach

Schweiz-und UNO-Korrespondent für die
Tageszeitung (taz)



22. März 2021 19:30 Uhr

Videovortrag - Zoomlink:

<https://us02web.zoom.us/j/84659288465?pwd=ZHgvMWpKWWRZR3JXbXcxZTZxK2xTQT09>

Meeting-ID: 846 5928 8465

Code: Zumach

80 Jahre nach dem Überfall
Hitlerdeutschlands auf die
Sowjetunion (am 22. Juni 1941)
und über drei Jahrzehnte nach
Ende des Kalten Krieges und den
damit verbundenen Hoffnungen auf
ein „Gemeinsams Haus Europa“
ist das Verhältnis zwischen den (in



NATO und EU verbündeten) Staaten des Westens und Russland so schlecht wie
seit der Revolution von 1917 nicht mehr. Selbst die damals noch vielfältigen
Beziehungen zwischen westlicher und russischer Zivilgesellschaft - KünstlerInnen,
LiteratInnen, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, TouristInnen u.a.- existieren heute
kaum noch.

Ob NATO-Osterweiterung, Krim-Annexion und Bürgerkrieg im Donbas,
militärische Aufrüstung, hybride Kriegsführung, Internetpropaganda, Gas-Pipelines,
die Sanktionen des Westens gegen Russland oder der Umgang der Regierung
Putin mit der innenpolitischen Opposition sowie ihre Kontakte zur AFD und
anderen rechtsextremen Parteien im Westen - derzeit gibt es scheinbar nur
Konflikte und keine Gemeinsamkeiten. Verschärfend hinzukommen die konträren
Interessen Russlands und zumindest einiger westlicher Staaten in Syrien, Libyen und
anderen außereuropäischen Konfliktregionen. In dieser vergifteten Atmosphäre
wird selbst der russische Impfstoff „Sputnik v.“ zumindest bislang von den meisten
Regierungen in NATO und EU nicht positiv wahrgenommen als willkommener
Beitrag zur Überwindung der globalen Corona-Pandemie sondern negativ als
Instrument Russlands zur „geopolitischen Einflussnahme und Propaganda“.
Wir Deutsche haben aus aktuellen wie historischen Gründen eine besondere
Verantwortung, die Dynamik im Verhältnis zu Russland wieder umzukehren hin zu
einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis auf unserem gemeinsamen
euroasiatischen Kontinent.

Welche Schritte in diese Richtung sollten/könnten Politik und
Zivilgesellschaft unternehmen?
